

**Luxus über den Wolken**  
Die Businessclass wird erschwinglich. > 21



**Alles Liebe**  
Für die Mutterliebe ist ein Hormon zuständig. > 20

**FC Basel vor Meistertitel**  
Wie spontan wird die Feier wirklich? > 33

# Schweiz am Sonntag

**Das Boxspring ohne Spring.**

**HÜSLER NEST**  
Das original Schweizer Naturbett.

10. Mai 2015 | Nationale Ausgabe | www.schweizamsonntag.ch

## Putins Protz-Parade

Es war die grösste Militärparade in der Geschichte Russlands: 16 000 Soldaten und Soldatinnen defilierten gestern über den Roten Platz, begleitet von Helikoptern und Kampfjets. Gefeierte wurde der Sieg über die Nazis vor genau 70 Jahren. > SEITE 12



## SBB-Bahnhöfe am Anschlag

Bahn rechnet mit starker Zunahme der Reisenden und Passanten – am HB Zürich um 70 Prozent

VON BENJAMIN WEINMANN

Die Bahnhöfe stossen schon heute oft an ihre Grenzen. Doch das Gedränge auf Rolltreppen und Perrons dürfte gemäss einer internen Prognose der SBB-Immobilienabteilung bald noch grösser werden. Demnach steigt beispielsweise die Anzahl Menschen, die den Zürcher Hauptbahnhof benutzen – sei es zu Reise- oder

Shoppingzwecken – in den nächsten zwanzig Jahren um 70 Prozent an. Bereits heute sind 437 000 Menschen täglich am HB. In Basel, Bern und Luzern beträgt die prognostizierte Zunahme bis zu 50 Prozent.

**DAS STÄRKSTE WACHSTUM** findet bis 2035 aber in der Romandie und im Tessin statt, wo die SBB mit bis zu 90 Prozent mehr Bahnhofspassanten rechnen. Grund dafür ist nicht allein das Bevölke-

rungswachstum, sondern es sind in erster Linie Investitionen in Ausbauprojekte, zum Beispiel der neue Gotthard-Basistunnel. Mit ihm wird sich die Fahrtzeit ins Tessin auf unter zwei Stunden verkürzen, was dem Tessiner Tourismus einen gewaltigen Schub geben wird. Der Bahnhof Lausanne wird übernächstes Jahr für 1,2 Milliarden Franken umgebaut. Und in Genf steht ein Grosseprojekt an, das die französische Stadt Annemasse mit Genf verbinden soll.

Die SBB müssen die Bauprojekte Jahre im Voraus aufgleisen, um die Wachstumsraten bewältigen zu können. Allerdings ist die Explosion bei den Kundenzahlen auch eine lukrative Chance. Denn wachsen die Bahnhöfe, steigen auch die Werte der naheliegenden SBB-Immobilien. Davon wollen die SBB profitieren. 100 Projekte für Wohnungen, Arbeitsplätze, Hotels und Shoppingflächen befinden sich zurzeit in der Pipeline.

> SEITE 5, KOMMENTAR SEITE 15

## «Zinsen werden noch einige Zeit negativ bleiben»

VON PATRIK MÜLLER



Axel Weber. KEY

Axel Weber, der Verwaltungsratspräsident der UBS, glaubt nicht an ein schnelles Ende der Negativzinsen. Und dies, obwohl die Renditen für Anleihen jüngst deutlich angestiegen sind. Das sei eine kurze, heftige

Gegenbewegung, sagt Weber: «Wir gehen davon aus, dass insbesondere in der Schweiz die Zinsen noch einige Zeit im negativen Bereich verharren werden.»

Der UBS-Präsident ruft dazu auf, der liberalen Wirtschaftsordnung Sorge zu tragen. Er warnt: «Im internationalen Vergleich steht die Schweiz noch gut da, ist aber in manchen Bereichen zurückgefallen. So hat die Regulierungsdichte massiv zugenommen, und zwar in allen Bereichen der Wirtschaft.» Wichtig seien für den Standort «Sicherheit und Berechenbarkeit». Namentlich erwähnt Weber die Zuwanderungsfrage und die Beziehungen zur EU.

Die UBS legte diese Woche einen glänzenden Quartalsabschluss vor. Das Wachstum in der Vermögensverwaltung soll weitergehen – möglicherweise auch durch Übernahmen. > SEITE 23

## Handy-Antennen gefährden Kühe

**HANDYSTRAHLUNG** hat Auswirkungen auf den Organismus von Kühen. Das konnte Michael Hässig, Veterinärmediziner am Tierspital der Uni Zürich, nachweisen. Der Forscher setzte Kühe über längere Zeit Handystrahlen aus. Dabei zeigte sich: Die Strahlung hat die Aktivität der Enzyme, die den pH-Wert im Blut regeln, beeinflusst. «Um 10 Prozent des Normalbereichs haben sich die Blutwerte verändert», sagt Hässig. In einem weiteren Versuch mit 253 untersuchten Kälbern, bei denen nahe am Stall eine Handyantenne steht, ist bei 79 Tieren leichter grauer Star diagnostiziert worden, 9 Tiere hatten schweren grauen Star. (RIK) > SEITE 7

## Top-Lobbyisten verdienen dreimal mehr als ein Bundesrat

Kasachstan-Affäre: PR-Agentur Burson-Marsteller verrechnete jedes Politikergespräch

VON HENRY HABEGGER

Von Unbekannten gehackte kasachische E-Mails mit Rechnungen bringen an den Tag, wie leicht Lobby- und PR-Agenturen wie Burson-Marsteller Geld verdienen. Was bisher selbst den meisten Politikern nicht klar war: Die Lobbyisten verrechnen ihren Kunden selbst als beiläufig empfundene Gespräche im Bundeshaus.

Auf einer Rechnung über 6000 Franken, die Burson-Mitarbeiterin Marie-Louise Baumann nach Kasachstan schickte, taucht etwa ein Posten «Kontakte mit Nationalrat Ruedi Noser» auf. Dieser erinnert sich der FDP-Nationalrat: «Tatsächlich hat mich Frau Baumann im Vorfeld der Reise auf ein mögliches Treffen mit Herrn Peruashev angesprochen.» Das Treffen selbst habe dann aber die

Schweizer Botschaft organisiert. Burson-Marsteller zählt zu den fünf bestbezahlten Lobbyingfirmen der Schweiz. Gute Lobbyisten können Stundenansätze zwischen 500 und 700 Franken verrechnen. Top-Berater generieren Umsätze zwischen 1 und 2 Millionen Franken und verdienen zum Teil zwei- oder dreimal so viel wie ein Bundesrat.

> SEITEN 2/3 UND 15

INSERAT

**Sport & Fitness**

**Erholung & Spa**

Die neuen Modelle sind da! Passend zum Frühling wurde unsere Ausstellung, 1'000 m<sup>2</sup> gross, umgebaut und mit vielen, neuen Wellness-Oasen ausgestattet. Über 80 Whirlpools davon 12 Schwimm-Spas. Lieferung innert 3 Tagen möglich. Top Service!

## DIESES WOCHENENDE FRÜHLINGSAUSSTELLUNG

In nur 20 Minuten ab Zürich Hardturm über die A1 nach Lenzburg!

**HEUTE SONNTAG DURCHGEHEND GEÖFFNET VON 10.00 - 17.00 UHR!**

**MITAC**  
MITAC Handels AG  
Seonerstrasse 37 · 5600 Lenzburg  
Telefon 062 886 66 33 · Fax 062 886 66 44

Alle Modelle und Prospekte auf unserer Website aufgeführt.  
**CHAT:** Nehmen Sie mit uns im kostenlosen Online-Chat Kontakt auf.  
info@mitac-ag.ch · www.mitac-ag.ch

DIE NEUEN MODELLE SIND DA!

**Weekend VERKAUF**

FRÜHLINGSANGEBOTE  
10. MAI 2015

### SUPER, SUPER KAUFFPREISE!

Zusätzlich einmalige Gelegenheit mit diversen Vorführgeräten zum **HAMMER-PREIS!** Prüfen Sie. Vergleichen Sie. Wir werden Sie überzeugen. Grösste Auswahl mit perfektem Gesamtservice schweizweit, dazu riesen Ersatzteillager!

## Konservative Welle von London bis Bern

Die Schweiz ist zwar nicht in der EU, aber sie ist ein zutiefst europäisches Land – das lässt sich auch an der politischen Grosswetterlage ablesen. In Grossbritannien haben die Konservativen die Wahlen krachend gewonnen, mit dem Programm: weniger Staat, mehr Markt, mehr Distanz zur EU. Hierzulande obsiegten bei den jüngsten kantonalen Wahlen ebenfalls die bürgerlich-konservativen Kräfte, FDP und SVP, und das Programm klang ähnlich: weniger Staat, mehr Markt, mehr Distanz zur EU. Verschiebungen nach rechts gibt es in vielen anderen Ländern Europas. Die deutsche Zeitung «Die Welt» kommentierte gestern, der britische Premier David Cameron verkörpere den Zeitgeist.

Der Zeitgeist ist konservativ. Das zeigt sich in aller Deutlichkeit erst dann, wenn man weiter zurückblickt. In den späten 90er-Jahren schwappte eine sozialdemokratische Welle durch Europa und spülte konservative Regierungen weg. 1997 gewann Tony Blair in Grossbritannien, 1998 siegten Gerhard Schröder in Deutschland und Lionel Jospin in Frankreich, in Holland regierte Wim Kok, in Italien Massimo D'Alema. Mit Ausnahme von Spanien waren fast alle EU-Länder sozialdemokratisch regiert. Der Historiker Heinrich August Winkler erklärt das in seinem Buch «Geschichte des Westens» so: «Sozialdemokratische Parteien hatten sich gezielt um Wähler aus den Mittelschichten bemüht und sich wirtschaftsliberale Positionen zu eigen gemacht.» Auch die Schweizer SP, die sich dem wirtschaftsliberalen Trend verweigerte, erlebte einen Triumph: Bei den nationalen Wahlen 1995 gewann sie im Parlament erdrutschartig 15 Sitze und wurde vor der FDP stärkste Kraft.

Tempo passati. In den 2000er-Jahren verloren die Sozialdemokraten ein Land nach dem anderen. Einerseits, so erklärt es Historiker Winkler, weil die linken Reformer ihren Stammwählern zu viel zumuteten (etwa Hartz IV in Deutschland), andererseits wegen der aufkeimenden Ausländer- und Migrationsfrage und der Angst vor Identitätsverlust. Diese Angst gibt es auch und gerade in der Schweiz. Nicht zuletzt deshalb triumphierte 2003 und 2007 die SVP; allerdings noch auf Kosten der FDP, die inzwischen – mit rechterem Profil – wieder im Aufwind ist.

Ein Abschwellen der konservativen Welle in Europa ist nicht absehbar. In Deutschland sehen bürgerliche Kommentatoren Cameron als idealen Partner für Kanzlerin Merkel, um die Macht der EU einzudämmen. In der Schweiz sagen Wahlforscher einen Rechtsruck bei den Wahlen im Oktober voraus. Je nachdem, wie stark er ausfällt, werden FDP und SVP vier der sieben Sitze im Bundesrat beanspruchen. Und dann in Bern das versuchen, was Cameron in London plant: weniger Staat, mehr Markt, mehr Distanz zur EU.

patrik.mueller@schweizsamsonntag.ch

# 2 GEKAUFTE POLITIK

## Swiss: Neuer Flieger am 17. Juni

ZÜRICH Diese Woche wurde bekannt, dass die Swiss als erste Fluggesellschaft der Welt die neuen C-Series-Maschinen von Hersteller Bombardier in Betrieb nehmen wird. Mit ihnen will die Swiss ab 2016 ihre in die Jahre gekommene Jumbolino-Flotte ersetzen. In ihrem Mitarbeitermagazin verkündet die Airline nun, dass die «CS100» zum ersten Mal am 17. Juni gegen 19.00 Uhr in Zürich landen soll. Viele Aviatikfans dürften dann nach Zürich Kloten pilgern. Zuvor stellt Bombardier das neue Flugzeug bereits an der Paris Air Show vor. (BWE)

## Proteste zur Schweizer Flüchtlingspolitik

LAUSANNE Mehrere hundert Personen haben am Samstag in Lausanne gegen die Rückschaffung von Flüchtlingen nach Italien protestiert. Laut der Lausanner Polizei waren es 400 bis 600 Demonstranten, gemäss den Organisatoren über tausend. Sie forderten, dass die Schweiz mehr Flüchtlinge aufnimmt. Die Rückschaffung von Flüchtlingen nach Italien bezeichneten sie als zynisches Verhalten. Der grüne Waadtländer Ständerat Luc Recordon verlangte die Aufnahme von fünf Flüchtlingen, die von der Rückschaffung nach Italien bedroht und die gegenwärtig in der Lausanner Kirche Saint-Laurent untergebracht sind. Recordon bezeichnete das derzeitige System als inakzeptabel. Es gebe in der Schweiz viel zu wenige Aufnahmeplätze für Flüchtlinge, nämlich höchstens 25 000, doch es gebe über 100 000 Flüchtlinge in der Schweiz. (FB)

## Der Polizei davongefahren und verunfallt

ELLIKON A. D. THUR Ein Autofahrer versuchte, sich in der Nacht auf Samstag in Ellikon an der Thur einer Polizeikontrolle zu entziehen und verunfallte dabei. Der Lenker war alkoholisiert und trotz Ausweisentzug unterwegs, wie die Kantonspolizei Zürich mitteilte. Der 42-jährige Schweizer fiel einer Polizeipatrouille auf. Als sie ihm signalisierte, dass er anhalten solle, setzte er seine Fahrt fort und erhöhte die Geschwindigkeit. In einer scharfen Kurve geriet sein Wagen von der Fahrbahn und prallte gegen einen Kandelaber. Der Mann blieb unverletzt. Er wurde festgenommen und wird sich wegen grober Verletzung der Verkehrsregeln verantworten müssen. (FB)

## WETTER

Heute wird schön  
Ein Hochdruckgebiet dehnt sich aus, heute gibts viel Sonne bei Temperaturen bis 23 Grad. 30

## GEWINNZAHLEN

Swiss Lotto:

3	10	17	35	39	41
Glücks-Zahl					
3					
Replay-Zahl					
2					
Die Gewinne:					
6	6Z	0 à CHF	-		
6	6	0 à CHF	-		
5	6Z	9 à CHF	10 608.20		
5	5	40 à CHF	1000.00		
4	6Z	543 à CHF	114.15		
4	4	1899 à CHF	81.50		
3	6Z	8286 à CHF	18.90		
3	3	29 719 à CHF	10.50		

Jackpot 3.4 Mio. Franken

Joker:

0	5	9	4	8	9
Die Gewinne:					
6	5	0 à CHF	-		
6	6	2 à CHF	10 000.00		
4	3	20 à CHF	1000.00		
4	4	154 à CHF	100.00		
2	2	1610 à CHF	10.00		

Euro Millions:  
7 14 19 47 49 Sterne 3 / 10

**Scope of Work and Fees**  
Below you will find the description of the various activities that BM proposes.

- 1) Foundations**
  - Review of relevant documents
  - First Meetings
  - Fact Sheets

BM fees: 20'000 CHF  
Dokumente zusammenstellen, erste Treffen
- 2) Workshop**
  - Incl. preparation

BM fees: 10'000 CHF  
Workshop vorbereiten und durchführen
- 3) Content development**
  - Message house
  - Strategy and measures
  - Action plan with timeline
  - Q&A

BM fees: 15'000 CHF  
Inhalt und Aktionsplan festlegen
- 4) 1:1 Meeting grass root campaign**
  - Develop list of contacts
  - Organise meetings with key stakeholders
  - Meetings support

BM fees: 20'000 CHF  
Kontakte herstellen, Treffen mit Schlüsselfiguren organisieren
- 5) Media relations**
  - Finalise list of contacts
  - Organise 1-2 meetings
  - Preparation
  - Meetings support

BM fees: 10'000 CHF  
Medienkontakte herstellen
- 6) Ongoing work**
  - Monitoring national politics
  - Media monitoring
  - Reporting
  - Contacts to key stakeholders
  - Cooperation with BM UK and BM Brussels
  - Consulting, support

BM fees: 25'040 CHF/month retainer  
Pauschale 25'000 Fr. pro Monat für die weitergehende Arbeit (Medien, Kontakte, Beratung etc.)

Ganze Arbeit: Kosten-Aufteilung der Firma Burson-Marsteller im Fall Kasachstan. FAKSIMILE, ERGÄNZT MIT DEUTSCHEN ANMERKUNGEN DURCH DIE REDAKTION

# Wie Lobbyisten ihre Millionen machen

Der Fall Kasachstan um Burson-Marsteller zeigt, dass Agenturen ihren Kunden jedes Gespräch mit Politikern verrechnen

VON HENRY HABEGGER

In der Schweiz gibt es eine Handvoll spezialisierter Agenturen, die mit wenigen Millionenumsätze mitzenieren. Zu den fünf bestbezahlten Lobbying-Firmen zählt unter anderem Burson-Marsteller, die vom ehemaligen Google-Schweiz-Pressesprecher Matthias Graf geführt wird und bei der auch Marie-Louise Baumann engagiert ist. Gute Lobbyisten können Stundenansätze zwischen 500 und 700 Franken verrechnen. Sind sie gut ausgelastet, bringen sie es auf ein Honorarvolumen von deutlich über einer halben Million Franken. Top-Berater generieren Umsätze zwischen 1 und 2 Millionen Franken. Aloys Hirzel, der Doyen der PR- und Lobbying-Branche, soll auf ein Volumen von deutlich über 2 Millionen Franken kommen.

Selbst Einsteiger erzielen nach wenigen Jahren horrenden Gehälter. So generierte etwa eine ehemalige Redaktorin einer grossen schweizer Tageszeitung nach wenigen Berufsjahren als Lobbyistin Honorare von mehr als 600 000 Franken. Oft sind es ehemalige Journalisten, die ins lukrative Lobbying- und PR-Geschäft einsteigen. Seit letztem Jahr ist etwa der ehema-

lige Chefredaktor der «SonntagsZeitung», Andreas Durisch, zum Managing Director bei der Dynamics Group aufgestiegen. Bei Farmer arbeitet als Senior Consultant der Ex-Co-Chefredaktor des «Tages-Anzeigers», Markus Eisenhut. Bei Hirzel, Neef, Schmid Konsulenten, lange Jahre die unbestriften Nummer 1 der Branche, heuert vor einigen Jahren Jürg Wildberger an, der ehemalige Chefredaktor von «Facts» und «Weltwoche» sowie «10 vor 10»-Gründer.

Wie leicht sich in der Branche Geld verdienen lässt, dokumentieren die öffentlich gewordenen Rechnungen von Burson-Marsteller (BM) im Fall Kasachstan.

## LUKRATIV VERNETZTE LOBBYISTEN

Firma	Person	Umsatz 2014 in Mio. Fr.	Mitarbeiter	davon Public Affairs
Farner Consulting	Roman Geiser, CEO	16.4	70	mehr als 20
Hirzel,Neef.Schmid.	Victor Schmid, Senior Partner	mehr als 13*	20	4
Konsulenten				
Dynamics Group	Andreas Durisch, Managing Partner	mehr als 10*	25	5
Furrerhugi	Andreas Hugi, Managing Partner	6.9	42	32
Burson-Marsteller	Matthias Graf, CEO, Marie-Louise Baumann, Senior Advisor	mehr als 6*	33	k. A.

\* Schätzung

QUELLE: DIE NORDWESTSCHWEIZ



«Ich war naiv»: Die designierte Nationalratspräsidentin 2016, Christa Markwalder.

# Kasachstan-Affäre: Die geheime Rolle des Philip-Morris-Mannes

PR-Agentur Burson-Marsteller betrieb ihr Kasachstan-Mandat via einen Direktor des Tabakmultis

VON HENRY HABEGGER

Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder sagt selber, sie habe «naiv» gehandelt. Sie rieb sich die Augen, nachdem die NZZ die Hintergründe ihrer Kasachstan-Interpellation im Parlament enthüllt hatte. Jetzt wird bekannt: Es war ein weiterer Strippenzieher im Spiel – und auch von ihm wusste Markwalder nichts.

Rückblende. Am 30. Mai 2013 schickte ein gewisser Dmitry Belousov ein E-Mail an Marie-Louise Baumann von der Lobby-Firma Burson-Marsteller (BM) – an jene Firma also, die für Christa Markwalder die Interpellation entwarf. Im E-Mail stand unverblümt: «Das höchste Ziel» – «the ultimate goal» – sei die Untersuchung gegen Oligarch Khrapunov (siehe Kasten).

Der Absender, Dmitry Belousov, spielt eine Schlüsselrolle in der neusten Kasachstan-Affäre, die Markwalder, designierte Nationalratspräsidentin 2016, dertart in die Bredouille bringt. Denn ihr Vorstoss war geprägt von den Kasachen um den angeblichen Oppositionsführer Azat Peruashev und seiner Partei Ak Zhol. Burson-Marsteller hatte ein lukratives Mandat von Peruashev. Allein für die Arbeiten am Markwalder-Vorstoss dürfte BM insgesamt um die 20 000 Franken kassiert haben.

Bisher nicht bekannt ist: Die Korrespondenz zwischen Lobbyistin Marie-Louise Baumann und den Kasachen lief ohne Ausnahme über Dmitry Belousov, der als Art Spin Doctor im Hintergrund fungierte. Das geht aus den gehackten und ins Internet gestellten E-Mail-Wechseln hervor.

Brisant ist der Hintergrund von Belousov: Er ist ranghoher Mitarbeiter des Zigarettenmultis Philip Morris International in Kasachstan. In einem Lebenslauf gibt Belousov 2013 an, er sei seit 2008 «Director Corporate Affairs Kazakhstan and Central Asia» bei Philip Morris. Zuvor arbeitete er von 2007 bis 2008 für den Multi in Lausanne: als «Director Tobacco Regulation and Policy».

In der Kasachstan-Affäre spielt er

Drehzscheibe zwischen der PR-Agentur und den Kasachen. Es lief immer nach dem gleichen Muster: Die zuständige Burson-Marsteller-Mitarbeiterin Marie-Louise Baumann schickte ein Mail an Belousov. Dieser leitete das Mail weiter an eine Adresse, hinter der der angebliche Oppositionsführer Peruashev steht. Ging es um besonders wichtige Entschiede, leitete Peruashev die Mails an einen Assistenten von Timur Kulibayev weiter. Kulibayev ist eine mächtige Figur in Kasachstan: Er ist der Schwiegersohn von Staatschef Nursultan Nazarbajew.

In der Kampagne machten Burson-Marsteller und ihre kasachischen Auftraggeber Schweizer Politikern weis, es gehe den Kasachen um die Stärkung der liberalen Opposition im Staat von Diktator Nazarbajew. Dabei ging es um den Kampf gegen abtrünnige Oligarchen wie Viktor Khrapunov, der sich mit seiner Frau und vielen Millionen nach Genf abgesetzt hat. Ziel: Kasachstan wollte unbedingte seine Auslieferung erreichen.

Und Belousov gibt besonders Gas. Schon in einem Mail im Februar 2013 schreibt er an Peruashev, wozu man Schweizer Politiker im Kampf gegen Khrapunov anstiften wolle: Sie sollten «eine Interpellation, einen offenen Brief an den Bundesanwalt, geheimes Lobbying bei Justizbehörden etc.» betreiben.

Der Philip-Morris-Mann achtete sorgsam darauf, dass seine Beteiligung nicht öffentlich wurde. So begleitete er 2013 zwar Peruashev an ein Treffen mit Politikern in Bern, tat das aber undercover: Er gab sich als Übersetzer von Peruashev aus. Wiederholt schrieb er Baumann, dass er nicht als TabakMann in Erscheinung treten wolle. In der Schweiz wussten sonst offenbar niemand, auch Markwalder nicht, von Belousovs Mitmischen. Unklar sind die genauen Motive des Philip-Morris-Vertreters. Sicher ist, dass er via Peruashev Druck auf die Anti-Tabak-Gesetzgebung in Kasachstan und bei der WHO in Genf machte.

Philip Morris hält auf Anfrage fest: «Philip Morris International (PMI) und ihre Tochtergesellschaften hatten kein Interesse am kasachischen Lobbying von

Schweizern Politikern.» Aber der Multi räumt ein: «Es ist uns bekannt, dass der von Ihnen erwähnte Mitarbeiter unserer kasachischen Tochtergesellschaft den Kontakt von Herrn Peruashev zu Marie-Louise Baumann herstellte und danach Herrn Peruashev in dessen Interaktionen im Rahmen ihrer persönlichen Beziehung unterstützte.» Und: «PMI und ihre Tochtergesellschaften haben keine vertraglichen Verbindungen mit Burson-Marsteller.» Wohl aber habe Baumann «unabhängig von Burson-Marsteller (...) ein Consulting-Mandat von Philip Morris S.A., der Schweizer Marketing- und Vertriebsgesellschaft von PMI». Das umfasse «ausschliesslich schweizermarktbezogene Geschäftsthemen». Burson-Marsteller-Chef Martin Graf sagt auf Anfrage nur, Philip Morris spiele bei den Lobby-Aktivitäten seiner Agentur «keine Rolle». Seit 2010 habe Burson-Marsteller kein Mandat mehr von der Tabakfirma.

Die THEATERKULISSE einer liberalen Oppositions-Partei reichte aus, um einige Schweizer Politiker zu ködern. Etwa FDP-Nationalrat Walter Müller (SG), der sich 2013 auf eine von Burson-Marsteller organisierte Reise nach Kasachstan einladen liess. Bezahlt haben den Trip, für den Burson-Marsteller insgesamt gegen 70 000 Franken verrechnete, die Kasachen. Müller sagt, er habe nicht gewusst, dass Kasachstan zahle.

Er sei vielmehr als Mitglied der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Schweiz-Kasachstan von deren Sekretär für diese Reise angefragt worden, also vom heutigen SVP-Nationalrat Christian Miesch. Müller: «Für mich ist Burson-Marsteller als Organisator der Reise für die Freundschaftsgruppe in Erscheinung getreten. Ich wusste nicht, dass die Agentur ein Mandat aus Kasachstan hatte.» Und weiter: «Mich schockiert der von der Agentur verrechnete Betrag. Das steht in keinem Verhältnis zu den Reisekosten.»

Unbedingte dabei haben wollte Lobbyistin Baumann auch den SP-Aussenpolitiker Carlo Sommaruga. «Ich sagte, ich könne nicht einige tausend Franken für eine Reise nach Kasachstan aufwerfen», sagt Sommaruga. Dann habe ihm Baumann gesagt, er müsse nur 1000 Franken zahlen, der Rest werde bezahlt. «Aber sie wollte mir nicht klar sagen, wer das zahlte», sagt Sommaruga. Er lehnte ab.

SVP-Nationalrat Christian Miesch war in den letzten Jahren immer wieder in Kasachstan und wird in einem Mail von Belousov als «unser Freund Miesch» bezeichnet. Miesch wurde bisher laut eigenen Angaben viermal von Kasachstan eingeladen. Mit Ausnahme von Reise und Hotels habe er sich nie etwas bezahlen lassen, betont er. Miesch war es auch, der im September 2014 eine geharnschte Interpellation gegen den abtrünnigen Khrapunov einreichte. Aus gehackten Mails geht hervor, dass dem Vorstoss der Lobbyist Thomas Borer zu Gevatter stand, der pro Monat 30 000 Franken von Kasachstan erhält.

An der Lobby-Agentur und Marie-Louise Baumann wird die Affäre nicht spurlos vorbeigehen. Baumann ist ihren Zutrittsausweis zum Bundeshaus demnächst los. Bisher erhält sie ihn von FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger (AG). Aber diese macht verkleinert klar, dass Ende Jahr Schluss ist: «Die Legislatur ist praktisch zu Ende! Am Anfang und während einer Legislatur würde ich Massnahmen ergreifen.»

Die KASACHSTAN-AFFÄRE

Der autoritär regierende kasachische Staatschef Nursultan Nazarbajew jagt abtrünnige, einst befreundete Oligarchen, die sich mit Millionen ins Ausland abgesetzt haben. Einer ist der in Genf lebende Viktor Khrapunov. Mit Millionenaufwand für Lobbyisten, Anwälte und Detektive versucht Kasachstan, von der Schweiz die Auslieferung zu erreichen. Ein Druckmittel sind parlamentarische Vorstösse wie jener von Christa Markwalder. Die Oligarchen geben Gegengas. So liessen sie, angeblich durch Ex-Mossad-Leute, die Mailboxen von Nazarbajew-Getreuen hacken. Diese Mails machen sie öffentlich, um internationalen Gegendruck zu erzeugen.

Die Kasachstan-Affäre

Ein Abschwellen der konservativen Welle in Europa ist nicht absehbar. In Deutschland sehen bürgerliche Kommentatoren Cameron als idealen Partner für Kanzlerin Merkel, um die Macht der EU einzudämmen. In der Schweiz sagen Wahlforscher einen Rechtsruck bei den Wahlen im Oktober voraus. Je nachdem, wie stark er ausfällt, werden FDP und SVP vier der sieben Sitze im Bundesrat beanspruchen. Und dann in Bern das versuchen, was Cameron in London plant: weniger Staat, mehr Markt, mehr Distanz zur EU.

Die Kasachstan-Affäre

# Unterwegs zu Hause



VON MICHAEL HEIM

**Die Nachricht:** An den Bahnhöfen wird es eng und enger: Gemäss einer SBB-internen Prognose steigt die Zahl der Menschen am Zürcher HB in 20 Jahren um 70 Prozent.

**Der Kommentar:** Die Schweiz wächst, die Schwelle von 8 Millionen Einwohnern ist überschritten, bereits ist von der 10-Millionen-Schweiz die Rede. Das allein ist aber nicht der Grund für die prognostizierte Zunahme der Reisenden und Passanten an den Bahnhöfen: Es gibt mehr Einwohner – aber auch ein wachsendes Mobilitätsbedürfnis. Dieser doppelte Effekt führt auf den Strassen regelmässig zum Kollaps. Soll die Verkehrszunahme nicht noch mehr auf den überfüllten Strassen stattfinden, bleibt nur der öffentliche Schienenverkehr.

Das gilt selbst für den Fall, dass das Bevölkerungswachstum gebremst wird. Denn unser Verhalten ändert sich: Arbeitsplätze werden verlagert, die Schweizer werden mobiler. Heute ist es normal, von Basel nach Zürich in den Ausgang zu gehen. Früher war das ein Tagesausflug. Die Schweizer sind längst «unterwegs zu Hause», wie in der SBB-Werbung.

Ein Teil dieses Verkehrs ist von den SBB jedoch hausgemacht. Indem sie aus den grossen Bahnhöfen Shopping Center machen, locken sie zusätzliches Publikum in die Hallen, die zu den Stosszeiten schon heute überfüllt sind. Das erklärt auch, warum die Zahl der Menschen in den Bahnhöfen stärker zunimmt als die Zahl der Passagiere in den Zügen.

Wenn die SBB aus ihren Bahnhöfen Goldgruben machen wollen, müssen sie konsequent sein: Es braucht dazu die nötigen Kapazitäten und entsprechende Architektur. Das ist heute vielerorts nicht der Fall. Nichts gegen die rentable Bewirtschaftung der SBB-Liegenschaften. Aber am Ende ist ein Bahnhof immer noch dazu da, ein Bahnhof zu sein.

michael.heim@schweizamsonntag.ch  
Twitter @Michael\_Heim

# So werden wir zur Bananenrepublik



VON HENRY HABEGGER

**Die Nachricht:** Eine angebliche Oppositionspartei aus Kasachstan erkaufte sich mithilfe einer Schweizer PR-Agentur den Support von Politikern.

**Der Kommentar:** Die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder beteuert, sie habe sich nicht wissentlich von den Kasachen und ihrer PR-Agentur instrumentalisieren lassen. Es gibt derzeit keinen Grund, an dieser Darstellung zu zweifeln.

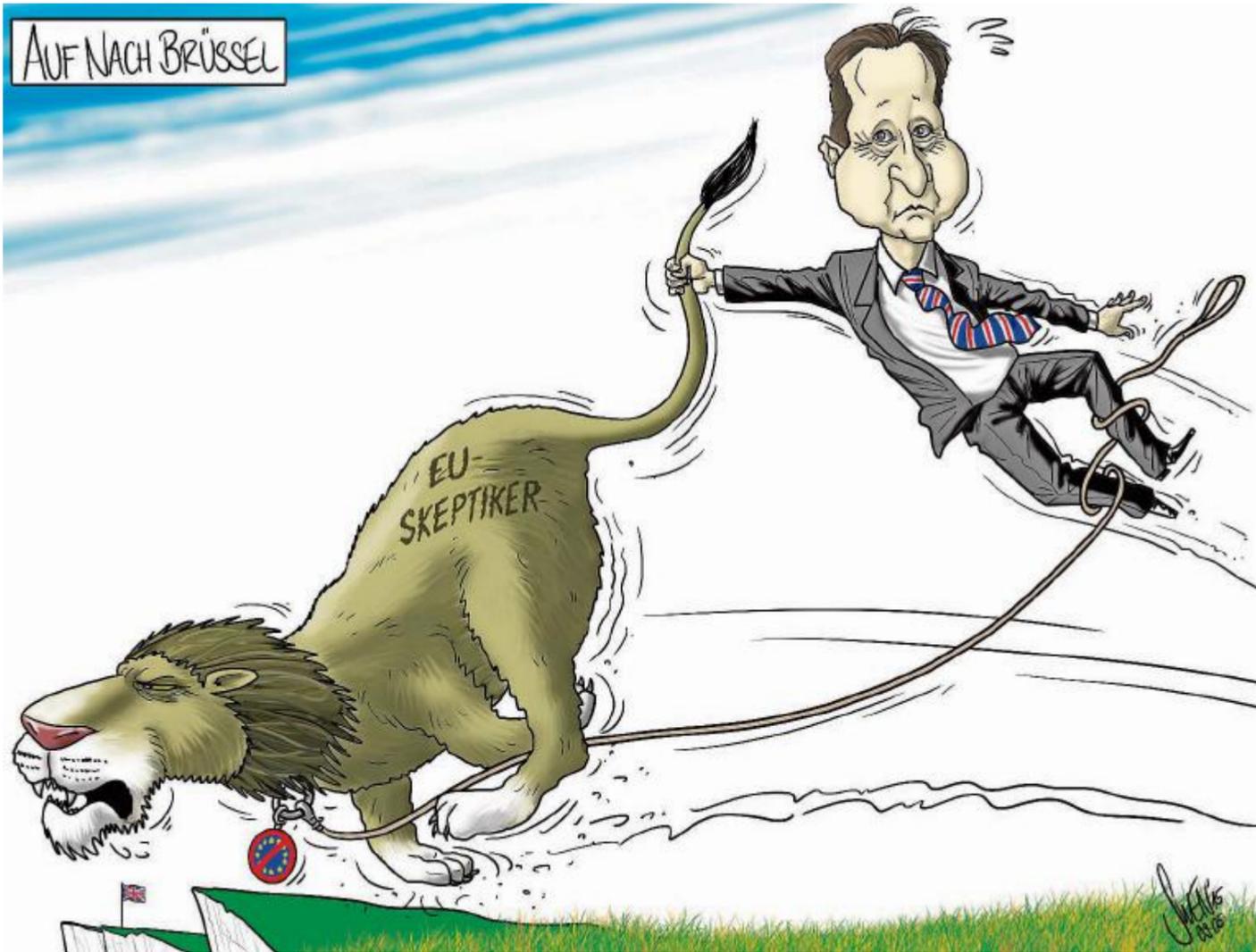
Aber der Vorfall zeigt, wie anfällig auch die hochgelobte Schweizer Demokratie mit ihrem Milizprinzip ist. Viele Politikerinnen und Politiker tanzen, teilweise auch aus finanziellen Gründen oder Motiven, auf zu vielen Hochzeiten. Sie sind von der immer komplexeren Gesetzgebung zum Teil heillos überfordert. Lassen sich von Lobbyisten aller Arten und unterschiedlicher politischer Herkunft mit unterschiedlichen Entscheidungsgrundlagen beliefern. Haben selbst oft nicht die Zeit und teilweise nicht den Willen, harte Knochenarbeit zu leisten und sich in die komplexen Materien einzuarbeiten. Den Lobbyisten wie auch der Verwaltung gelingt es so, viele Gesetzgebungsprozesse und parlamentarische Vorstösse im Auftrag ihrer Kunden zu beeinflussen.

Das kann gehörig schief herauskommen, wie der Fall Kasachstan zeigt. Das totalitäre Regime ebenso wie seine Gegner, die Oligarchen im Ausland, haben sich eine ganze Reihe von Vorstössen erkaufte: Auch aus Reihen von SVP und CVP wurden in den letzten Jahren Kasachstan-Vorstösse lanciert. Und Kasachstan ist, auch das ist klar, nur die Spitze des Eisbergs.

Aber: So werden wir zur Bananen-Republik. Von Volksvertretern muss man verlangen können, dass sie sich auf ihre Aufgabe besinnen – und die ist: sich nach bestem Wissen und Gewissen dafür einsetzen, ehrliche und unbestechliche Arbeit abzuliefern. Dazu gehört, PR-Agenturen aus dem Bundeshaus zu jagen, die nicht mit offenen Karten spielen.

henry.habegger@schweizamsonntag.ch

AUF NACH BRÜSSEL



Silvan Wegmann zur Woche: Wohin steuert Grossbritannien nach David Camerons Sieg?

## GASTBEITRAG VON NATIONALRAT URS GASCHE\* ÜBER DIE BILLAG-ABSTIMMUNG

# Ungeeignet als Schuss vor den Bug

**Die Nachricht:** Am 14. Juni wird über die Revision des Radio- und Fernsehgesetzes abgestimmt. Gemäss Umfragen wird es äusserst knapp. Vor zwei Wochen gab es dazu an dieser Stelle einen SRG-kritischen Beitrag; jetzt äussert sich ein Befürworter.

**Der Kommentar:** Radio, Autoradio und Fernseher, aber heute vor allem Smartphone, Tablet, Laptop oder PC: Inzwischen hat praktisch jeder Haushalt ein Gerät, mit dem er Sendungen verfolgen und Videos oder Audios nutzen kann. Folgerichtig beschloss letzten Sommer eine deutliche Mehrheit des Parlaments den Wechsel von der Gerätegebühr zur geräteunabhängigen Haushaltabgabe.

Der Gewerbeverband ergriff dagegen das Referendum, und so entscheidet im Juni nun das Volk, wie die SRG SSR und 34 private Sender künftig finanziert werden. Es geht um eine Reform des Systems, bei der die Gebühr für die allermeisten Haushalte von heute 460 auf rund 400 Franken sinken würde. Heute bezahlt diese Radio- und TV-Gebühren, wer über ein empfangsbereites Gerät verfügt und sich angemeldet hat. Aufgrund der technologischen Entwicklung ist die Anzahl der Empfangsgeräte explodiert. Nahezu jeder Haushalt, jedes Unternehmen verfügt heute über Empfangsgeräte. Bei der rasanten Entwicklung der Technologie ist es höchste Zeit für dieses neue Gesetz. Der Gewerbeverband hat sich in der Kampagne gegen diese RTVG-Revision zum Schlachttross gerüstet, die Scheuklappen so scharf eingestellt, dass er faktenblind geworden ist. Das neue Gesetz bringt keine Zwangssteuer, sondern um eine gerechtere, weniger bürokratische Finanzierung der elektronischen Medien in der Schweiz und um einen Finanzierungsschlüssel für alle Radio- und Fernsehveranstalter in unserem Land. Vom neuen Gesetz profitieren in erster Linie die privaten Radios und Fernsehen mit Service-public-Angebot. Sie werden neu bis zu 6 Prozent der Gebühren erhalten, 2 Prozent mehr als heute. In Zahlen ausgedrückt: Neu erhalten die Privaten anstelle von 54 Millionen jährlich 81 Millionen Franken.

Es ist auch keine neue Belastung für die Unternehmen und schon gar nicht für die KMU, wie der Gewerbeverband suggeriert. Auch nach heutigem Recht sind die Unternehmen abgabepflichtig, und zwar für jede Betriebsstätte einzeln. Es ist auch fair, dass die Wirtschaft im neuen System 15 Prozent der Gebühren trägt, werden doch die Angebote von Radio und Fernsehen auch für die Unternehmen genutzt, und zwar nicht nur für die Unterhaltung, Informationen aus Wirtschaft und Politik, Börsenbe-

richte, Wetterprognosen oder Verkehrsmeldungen sind für die Tätigkeit der Unternehmen essenziell.

Etwa 75 Prozent der Unternehmen werden zudem gänzlich von der Abgabe befreit, nämlich jene, deren mehrwertsteuerpflichtiger Umsatz 0,5 Mio. Franken nicht übersteigt. Weitere ca. 9 Prozent der Unternehmen zahlen nur noch Fr. 400.-. Heute zahlen sie Fr. 612.-. Sie werden im Gegensatz zu heute um ein Drittel entlastet. Mit dem neuen RTVG werden also über 84 Prozent der Unternehmen keine oder weniger Gebühren bezahlen, wobei die am meisten Entlasteten «Gewerbler» und Familienunternehmen sind. Eine höhere Belastung ergibt sich für Unternehmen mit hohen Umsätzen – sofern sie nicht wegen der neuen Befreiung der Betriebsstätten den Mehrpreis sogar kompensieren können. Das mag in wenigen Fällen ungerecht sein, weil ein hoher Umsatz nicht zwingend zu höherem Medienkonsum führt. Es erscheint aber im Interesse der einfacheren und kostengünstigeren Erhebung der Abgabe vertretbar.

Die tiefere Abgabe für Private wird möglich, weil es keine schwarze Konsumierenden mehr gibt. Auch das ist nichts als fair. Man muss nämlich der Tatsache in die Augen sehen, dass von den Unternehmen heute offenbar mehr als 80 Prozent die Abgaben, die geschuldet wären, nicht bezahlen. Das neue Gesetz abzulehnen, um weiterhin schwarz konsumieren zu können, kann kein triftiger Grund sein.

Mit dem revidierten Gesetz verringert sich der administrative Aufwand. Der heutige Kontrollapparat der Billag kann abgebaut, die Gebührenschnüffler der Billag können abgeschafft werden. Die Gebühr für Zweitwohnungen entfällt. Wer im Altersheim, im Pflegeheim oder im Studentenhaus wohnt, zahlt nichts mehr. Haushalte, die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV beziehen, bleiben von der Gebühr befreit, bei Bedarf neu auch rückwirkend. «Zwangsabgabe»? Nein, medienabstinente Leute, die tatsächlich keine Empfangsgeräte besitzen, können sich während fünf Jahren nach Inkrafttreten der Gesetzesrevision von der Medienabgabe befreien.

Der Gewerbeverband behauptet, dass die Gebühr schon bald auf 1000 Franken ansteige. Dafür gibt es keine Begründung – im Gegenteil! Die Gebührenentwicklung der letzten 20 Jahre zeigt, dass diese nicht wie behauptet um 63 Prozent, sondern um 12 Prozent gestiegen sind, was in etwa der Teuerung in dieser Periode entspricht. Warum sollte es plötzlich anders werden?

70 Prozent der SRG-Einnahmen stammen aus der Deutschschweiz, die für ihr Programm nur 45 Prozent erhält: Die Differenz dient dazu, gutes Radio und Fernsehen für die drei lateinischen Sprachgruppen zu ermöglichen. Ohne diese öffentliche Finanzierung gäbe es zudem kaum Schweizer Eigenproduktionen, das einheimische Film- und Fernsehchaffen würde einbrechen. Und nur nebenbei: Wäre die Schweiz einsprachig, hätte sie ein Drittel der Kanäle, und die Gebühr wäre viel günstiger – rund 270 Franken. Wer der SRG mit dieser Vorlage vor den Bug schiessen will, richtet primär andersorts Schaden an. Sollte diese Revision abgelehnt werden, wäre das ein Treffer mittschiffs auf die Privatradios und das Privatfernsehen – und würde sie wahrscheinlich mittelfristig gefährden.

Ein Schuss vor den Bug der SRG wäre faktisch auch ein Angriff auf die französische, italienische und rätoromanische Schweiz. Der nationale Zusammenhalt mag für Deutschschweizer ein folkloristisches Element sein. Aus Sicht der lateinischen Schweiz ist er überlebenswichtig. In der Westschweiz gibt es ein stark ausgeprägtes Sensorium dafür, wenn staatstragende Säulen geschwächt werden sollen.

Der Schuss vor den Bug der SRG, mit welchem ein Nein zum RTVG-Referendum motiviert werden soll, ist auch nicht nötig. Sie muss sich ohnehin der Diskussion über den (audiovisuellen) Service public stellen. Auch für mich ist es ein persönliches Anliegen, dass diese Diskussion in den nächsten Jahren breit geführt wird.

Das revidierte RTVG steht für tiefere Gebühren, mehr Fairness, weniger Bürokratie und eine zukunftsgerichtete Finanzierung. Diese Finanzierung ist für einen föderalen Staat, bestehend aus 26 verschiedenen Kantonen mit vier Landessprachen, zentral. Die elektronischen Medien leisten einen wichtigen Beitrag an den Zusammenhalt der vier Sprachregionen, die politische Meinungsbildung und letztlich zur Schweizer Identität. Diesen öffentlichen Auftrag können die 34 privaten Radio- und Fernsehstationen zusammen mit der SRG nur erfüllen, wenn die Finanzierung gesichert ist.



\* Urs Gasche ist BDP-Nationalrat des Kantons Bern. Der Fürsprecher war u. a. Gemeinderatspräsident von Fraubrunnen und von 2001 bis 2010 Regierungsrat.